

An die
lokalen Medien

04.12.03

SPD und GRÜNE hinterfragen SOLID-Einführung

Presseerklärung

Ende 2001 wurde, nachdem bereits seit 1999 klar war, dass sich die Stadt an der Entwicklung des neuen EDV-Verfahrens SOLID zur SachbearbeiterInnenunterstützung in der Sozialverwaltung beteiligt, vom Rat der Beitritt zur Entwicklungsgemeinschaft SOLID beschlossen. Das neue IT-Verfahren ist leider bis heute nicht eingeführt.

Schon vor der Beschlussfassung machte SOLID durch den Ausstieg der Städte Kassel und Heidelberg und des Gebietsrechenzentrums Nordhessen sowie der damit verbundenen Kostensteigerung für die verbleibenden Städte von sich reden.

Nachdem auch Kiel abgesprungen ist und die Mitgliedschaft von Frankfurt in Frage steht, stellt sich die Frage nach dem Sinn des Festhaltens an diesem Projekt, das bisher nur gekostet, aber (noch) nichts gebracht hat. Diese Frage stellt sich auch vor dem Hintergrund der seinerzeitigen Ablehnung eines alternativen Anbieters mit der Begründung, dass die Technik nicht auf die speziellen Anforderungen der Dortmunder Sozialverwaltung zugeschnitten sei.

Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden nunmehr nachfragen, was genau die Ursachen für den verspäteten Start des Projektes sind, warum andere Anwender der Entwicklungsgemeinschaft abgesprungen sind, welche Mittel bereits verausgabt wurden und wie der gegenwärtige Diskussionsstand bei den noch Beteiligten der Entwicklergemeinschaft ist. Unter anderem muss geklärt werden, ob die ID Bremen als beauftragtes Unternehmen für den verspäteten Start und für das eventuelle Scheitern regresspflichtig gemacht werden kann.

Beide Fraktionen erwarten von der Verwaltung, dass ein Festhalten an SOLID ökonomisch und arbeitsorganisatorisch begründbar ist. Darüber hinaus muss gewährleistet sein, dass SOLID den neuen gesetzlichen Anforderungen aus Hartz Rechnung trägt. Birgit Unger, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Andernfalls müsse

der Ausstieg aus der Entwicklungsgemeinschaft in Erwägung gezogen und Alternativen entwickelt werden, die den genannten Anforderungen genügen.“

Ziel muss in jedem Fall ein möglichst schneller Einstieg in die gesetzeskonforme Technikunterstützung der MitarbeiterInnen der Sozialverwaltung und eine Vermeidung von finanziellen Verlusten sein.

Dazu stellt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Reinhold Giese, fest: „Zunächst müssen unsere an die Sozialverwaltung gerichteten Fragen beantwortet werden, um die aktuelle Situation angemessen beurteilen zu können. Ich gehe davon aus, dass darüber hinaus der von der Verwaltung bereits angekündigte Rechnungsprüfungsbericht, der Anfang 2004 vorliegen soll, weiteren Aufschluss gibt und einen angemessenen Entscheidungsprozeß ermöglicht.“